

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von den Ratssitzungen am 7.3.2019.

Zunächst beschloss der Rat einstimmig, dass die Beziehungen zwischen der Präfektur Chiba (Japan) und der Landeshauptstadt Düsseldorf den Rang einer offiziellen Partnerschaft erhalten. Diese seit 2005 entwickelte Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Schul-, Jugend- und Sportaustausch soll fortgeführt werden. Als neue Felder der Kooperation bieten sich die Themenfelder Soziales, Gesundheit und Wirtschaft an. Anlässlich des Japantages am 25.5. werden die Partnerschaftsurkunden unterzeichnet.

Nach kurzer Pause begann die nächste Ratssitzung.

Auf Antrag der SPD behandelte der Rat den Tagesordnungspunkt Sana Kliniken - Veräußerung eines Geschäftsanteils - öffentlich, soweit nicht vertragliche Details gesprochen werden. Der Antrag der Tierschutzpartei/Freie Wähler, die 20-Uhr-Grenze aufzuheben, fand keine Mehrheit.

Aktuelle Anfragen

Eine Anfrage der Fraktion Tierschutzpartei/Freie Wähler (TP/FW), warum an Altweiber deutlich mehr Minderjährige wegen starken Alkoholkonsums medizinisch versorgt wurden, beantwortete die Verwaltung dahingehend, dass deutlich mehr Jugendliche Alkohol getrunken haben. Ob sexuelle Übergriffe damit in Zusammenhang stehen, weiß die Verwaltung nicht. Die Feuerwehr wurde häufiger gerufen, auch weil ein Sturm war. Sie verwies darauf, dass im Ordnungs- und Verkehrsausschuss regelmäßig ein Bericht zu den Einsätzen an Karneval gegeben wird.

Aufgrund einer Anfrage der TP/FW zu den Diebstählen im Schwanenhaus teilte die Verwaltung mit, dass die Kupferrohre, die gestohlen wurden, durch Kunststoffrohre ersetzt werden. Eine dauerhafte Lösung wird mit dem Denkmalschutzamt abgestimmt. Eine Videoüberwachung wird als nicht praktikabel angesehen, da eine dauerhafte Überwachung durch eine Person erfolgen müsste.

Aufgrund einer Anfrage der TP/FW zu der beabsichtigten Vermietung der Merkur Spiel-Arena an den KFC Uerdingen teilte die Verwaltung mit, dass das Aushandeln von Verträgen Aufgabe der Geschäftsführung ist. Der ausgehandelte Vertrag steht unter dem Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats. Die Eckpunkte sind mit der Verwaltung besprochen.

Anfragen

Eine Anfrage der CDU beschäftigte sich mit der digitalen Kulturvermittlung. Die Verwaltung teilte mit, dass die in Konzeption befindliche Microsite Kultur mit der Aktualisierung der Seite von Düsseldorf Tourismus verknüpft und voraussichtlich im Oktober 2019 umgesetzt wird. Es soll eine Einheitlichkeit im Sinne der Marke Düsseldorf hergestellt werden. Die Microsite Kultur soll ein moderner Kulturveranstaltungs-kalender sein, der einen schnellen Zugriff auf die Seiten der kulturellen Einrichtungen ermöglicht. Die Microsite soll keine Duplizierung sondern Strukturierung und Verknüpfung sein. Sie soll auch die Geschichte der Kunststadt Düsseldorf darstellen, kulturelle Produkte vermarkten und das Projekt „blaugrüner Ring“ aufgreifen. Eine App soll nicht entwickelt werden. Zahlreiche Kulturinstitute nutzen bereits Apps im Rahmen von Ausstellungen. In Kürze wird eine App vorgestellt, die von Studierenden der Heinrich-Heine-Universität in Kooperation mit dem Museum Kunstpalast entwickelt wurde.

Eine Anfrage der CDU befasste sich mit den Baumaßnahmen am KAP 1 (Konrad-Adenauer-Platz). Die Verwaltung teilte mit, dass alle öffentlichen Bereiche so ausgestattet werden, dass sie dem Bedarf von Menschen mit Behinderungen entsprechen. Die Behindertenverbände sind seit März 2017 involviert. Der „Runde Tisch Bauen“ des

Beirats für Menschen mit Behinderungen befasste sich am 12.3.2018 mit den Maßnahmen. Die konkrete Ausbauplanung wird dem Gremium im Juni 2019 vorgestellt. Die baulichen Maßnahmen werden zum Teil durch den Vermieter, zum Teil durch die ausbauenden städtischen Einrichtungen umgesetzt.

Die Planungen für Sicherheitsmaßnahmen sind noch nicht abgeschlossen. Es können durch die Stadt bis zu 75 Stellplätze angemietet werden, darüber hinaus besteht ein öffentlich zugängliches Parkhaus.

Aufgrund einer Anfrage der TP/FW zu Unfällen der Rheinbahn mit Tieren erläuterte die Verwaltung, dass ca. 4 Unfälle jährlich mit Tieren gemeldet werden. Eine Statistik besteht nicht. Es existieren auch keine Auswertungen der Unfälle. Die Fahrer und Fahrerinnen werden im Hinblick auf vorausschauende Fahrweise ausgebildet.

Aufgrund einer Anfrage der TP/FW teilte die Verwaltung mit, dass es rd. 10.000 Einmündungen und 1.900 Kreuzungen gibt. Wie viele davon bereits barrierefrei umgebaut sind, ist nicht bekannt. Bei Neu- und Umbauten werden die Grundsätze der Barrierefreiheit umgesetzt und mit dem „Runden Tisch Verkehr“ des Beirates für Menschen mit Behinderungen abgestimmt.

Eine Anfrage der Linken befasste sich mit dem § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung, der nach einem von ihr in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten rechtswidrig sei. Die Verwaltung hat sich mit dem Gutachten befasst. Sie plant keine Änderung des Paragraphen. Die Verwaltung verwahrte sich dagegen, dass behauptet wird, der Ordnungs- und Service-Dienst ginge unmenschlich gegen Obdachlose vor.

Anträge der Fraktionen

Abgelehnt wurde der Antrag der TP/FW, auch die öffentlichen Ausschusssitzungen im **Live Stream** zu übertragen.

Anträge von CDU sowie SPD, FDP, BÜ/Die Grünen zur **Zukunft der Oper** mündeten in einen gemeinsamen Antrag. Einstimmig beauftragte der Rat die Verwaltung, für die Diskussion über die Sanierung oder einen Neubau des Opernhauses eine solide Basis zu schaffen und eine umfassende Beteiligung der Bürgern*innen zu ermöglichen. Dabei soll eine Analyse des Opernhauses hinsichtlich des Gebäudezustandes, funktionaler Verbesserungen und Varianten hinsichtlich Sanierung, erweiterter Sanierung und möglichem Neubau im Hinblick auf Verhältnismäßigkeit und Zukunftsfähigkeit erfolgen. Die Ergebnisse sollen bis Ende 2019 vorliegen. Der Rat beauftragte die Verwaltung, die Oper bei der Ausstellung „große Oper - viel Theater?“ des Deutschen Architektur museums zu unterstützen und damit Diskussionen über die zukünftige gesellschaftliche Bedeutung und Bedarfe der Oper der Zukunft anzustoßen. Weiterhin beauftragte der Rat die Verwaltung, zum heutigen Standort und zu möglichen Alternativen die Ergebnisse des Wettbewerbs „Blaugrüner Ring“, die Aspekte des Denkmalschutzes und die Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu berücksichtigen.

Der Antrag von TP/FW, bei Verpachtungen in die Verträge aufzunehmen, dass auf **Glyphosat und andere Gifte auf landwirtschaftlichen Flächen** verzichtet wird, wurde abgelehnt, da im Umweltausschuss schon beschlossen wurde, dass bei Neuverträgen dies aufgenommen wird. Zusätzlich wurde inzwischen bei 70 % der bestehenden Pachtverhältnisse erreicht, dass auf Glyphosat verzichtet wird.

Der Antrag der Linken, dem internationalen Städtenetzwerk **„Solidarity Cities“** beizutreten, fand ebenso keine Mehrheit wie der Alternativantrag von BÜ 90/Die Grünen, im Rahmen der Mitgliedschaft im Euro Cities Städtenetzwerk der Untergruppe Solidarity Cities beizutreten, die sich mit den Themen Flucht und Migration, beschäftigt.

Der Antrag der CDU, bis zur Sommerpause ein Konzept zur **Verbesserung der Stadtsauberkeit** vorzulegen mit einer Intensivierung und Flexibilisierung der Reinigungszyklen, einer regelmäßigen Reinigung verschmutzter Container und Einsatz von Mülldetektiven, wurde von SPD, FDP, BÜ 90/Die Grünen und Linken abgelehnt, Enthaltung Pirat.

Der Antrag der Fraktion TP/FW, die **Hundesteuersatzung** mit Wirkung zum 31.12.2019 abzuschaffen, fand keine Mehrheit.

Der Antrag der Fraktion TP/FW, ein **Rauchverbot in Wartehäuschen** einzuführen, fand keine Mehrheit.

Der Antrag der CDU, ein **You-Tuber- und Influencer-Festival** in Düsseldorf zu organisieren, wurde in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften verwiesen.

Der Antrag der Linken, die im Eigentum der Rheinbahn stehenden **RWE-Aktien** bis 30.6.2019 zu verkaufen, fand keine Mehrheit.

Der Antrag der TP/FW, dass sich der Rat zur Kooperation mit den am **Rettungsdienst** beteiligten Hilfsorganisationen bekennt und die mit der Aus- und Weiterbildung von Rettungssanitätern entstehenden Kosten zu 100 % zu erstattet, fand keine Mehrheit.

Der Antrag von SPD, BÜ90/Die Grünen, FDP, bis Sommer 2019 im Rahmen des E-Government ein Konzept zur **Internationalisierung von www.duesseldorf.de** vorzulegen und dies gemeinsam mit stark frequentierten Ämtern zu entwickeln, wurde einstimmig beschlossen (Enthaltung Pirat und Rep.).

Auf Antrag von SPD, BÜ 90/Die Grünen, FDP erklärte der Rat gegen CDU, TPFW, AFD Rep,, Enthaltung Pirat, dass er die Überlassung von Räumen für Veranstaltungen mit rassistischen, antisemitisch, salafistischen, antidemokratischen, sexistischen, Gewalt verherrlichenden oder anderen menschenfeindlichen Inhalten ablehnt. Die Verwaltung und alle städtischen Einrichtungen und Beteiligungsgesellschaften, die Räume an Dritte zur Nutzung überlassen, wurden beauftragt, Kriterien für die Vergabe zu entwickeln. Diese sollen die Gleichbehandlung und Transparenz sicherstellen und gleichzeitig erreichen, dass Räume nicht an Veranstaltende überlassen werden, die die oben genannten Inhalte vertreten und verbreiten. Ein Ergänzungsantrag der Linken, wurde abgelehnt.

Antrag des Seniorenrates

Der Rat folgte einstimmig dem Antrag des Seniorenrates, die monatliche Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Seniorenrates von 30 auf 50 Euro zu erhöhen.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm die **Einkünfte aus Nebentätigkeiten (Aufsichtsräte etc.) des Oberbürgermeisters** zur Kenntnis. Von den 2018 erhaltenen rd. 75.500 Euro werden rd. 51.500 Euro an die Stadt abgeführt.

Der Rat beschloss gegen Linke und 1 CDU-Stimme bei 2 Enthaltungen (CDU) **verkaufsoffene Sonntagnachmittage**:

- Eller zum Ostermarkt am 7.4.* und zum Gumbertstraßenfest am 8.9.;
- Benrath zum Maimarkt am 12.5.*;
- Oberkassel zum Luegalleefest am 25.8.;

- Kaiserswerth zum Kartoffelfest, Büchermarkt und Kunsthandwerkermarkt am 1.9.*;
- Carlstadt am 15.9. zum Hohestraßenfest;
- Pempelfort zum Nordstraßenfest am 22.9.;
- Altstadt, Carlstadt und Stadtmitte am 20.10. anlässlich der K-Messe;
- Benrath, Kaiserswerth, Oberkassel und Pempelfort am 1.12. * anlässlich der Weihnachtsmärkte;
- Altstadt, Carlstadt, Stadtmitte am 8.12. anlässlich des Weihnachtsmarktes

An den mit * gekennzeichneten Terminen dürfen nur Geschäfte in räumlich engen Zusammenhang mit den Veranstaltungen geöffnet werden, die einzelnen Straßen sind der öffentlichen Verfügung zu entziehen.

Der Rat beschloss gegen TP/FW und Rep den aktualisierten **Brandschutzbedarfsplan**. Die Standort- und Fahrzeitanalyse bestätigt die bisherige Standortstrategie. Die vorhandene personelle und technische Ausstattung erfüllt die gestellten Anforderungen. Auf drei Funktionsstellen kann verzichtet werden. Um das Sicherheitsniveau zu halten, sollen die aktuellen Personallücken in allen Laufbahnen geschlossen werden. Die Zahl der Auszubildenden wird erhöht, die externe Personalgewinnung forciert und die Fortbildung verstetigt. Es sind Ersatzbeschaffungen (Ersatz der Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge und Drehleitern) notwendig. Die Schutzausrüstung muss modernen Hygienekonzepten angepasst werden.

Der Rat nahm zur Kenntnis, dass das **Ratsinformationssystem** Session der Firma Somacos ab Sommer eingesetzt wird und beschloss einstimmig, die Bereitstellung von Sitzungsunterlagen in elektronischer Form auf sachkundige Bürger und Bürgerinnen in den Fachausschüssen, Mitglieder der Bezirksvertretungen, des Jugendrates, des Seniorenrates, des Integrationsrates und des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderungen auszuweiten. Notwendige Tablets werden zur Verfügung gestellt.

Der Rat beschloss einstimmig, die **Gebäudeunterhaltung und Instandhaltung für die Gebäude Schloss und Park Benrath** einschließlich aller vorhandenen Einbauten, technischen Einrichtungen und Anlagen sowie der Skulpturen im Schlosspark unter Beibehaltung der Eigentumsverhältnisse auf die Stiftung Schloss und Park Benrath zu übertragen und beauftragte die Verwaltung, einen neuen Nutzungs- und Betriebsüberlassungsvertrag für die Gebäude sowie einen neu-gefassten Gestattungs- und Kooperationsvertrag für die Nutzung des Schlossparks mit der Stiftung Schloss und Park Benrath abzuschließen. Ferner beschloss er die grundsätzliche Umsetzung der zusätzlich aus Bundes- und Landesmitteln geförderten Maßnahme „Generalsanierung Schloss und Park Benrath“ gemäß eines Rahmensanierungsplanes.

Insbesondere für die anstehende denkmalrechtliche Gesamtsanierung und die formale Beantragung von Fördermitteln bei Dritten (Fördermaßnahme „Generalsanierung Schloss und Park Benrath“) ist es wichtig, dass die Stiftung auch vertragsrechtlich die Verantwortung für sämtliche Gebäude und Baumaßnahmen trägt. Nur dann können die der Stiftung zusätzlich von Seiten des Bundes und des Landes in Höhe von insgesamt 40 Mio. EUR zugesagten Zuwendungsmittel für die Fördermaßnahme "Generalsanierung Schloss und Park Benrath" empfangen und verbaut werden.

Die Stiftung erhält für die Umsetzung der Maßnahmen einen erhöhten Zuschussanteil für Instandhaltungs-, Instandsetzung-, Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten sowie Sanierung, Umbau und Restaurierungsmaßnahmen. Dieser ist bereits in der mittelfristigen Finanzplanung etatisiert und beträgt derzeit 1.200.000 EUR/Jahr (2018/2019) bzw. 2.200.000 EUR/Jahr (2020ff.). Hierin enthalten sind auch die notwendigen Komplementärmittel zu den Bundes- und Landeszuschüssen für die anstehende Generals-

anierung im Rahmen des o. g. Förderprogramms. Die Höhe dieses jährlichen Zuschusses wird formell im Zuge der jährlichen Haushaltsberatungen beschlossen.

Mit diesen Mitteln soll die Stiftung sämtliche baulichen Maßnahmen, auch größere, die erforderlich werden, abdecken. Die Stiftung ist daher verpflichtet, in einem Jahr nicht verbrauchte Zuschüsse in zweckgebundene Rücklagen einzustellen.

Nach Beendigung des Förderprogramms „Generalsanierung Schloss und Park Benrath“ soll die Höhe des Zuschussanteils für Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Unterhaltungs-, und Wartungsarbeiten sowie Sanierung, Umbau und Restaurierungsmaßnahmen nach einer Bedarfsprüfung neu festgelegt werden.

In Abweichung von der Geschäftsanweisung Bau und der Zuständigkeitsordnung wird in Fällen, in denen die Stiftung Maßnahmen aus eigenen Mitteln (einschließlich des ihr von der Stadt gewährten jährlichen Zuschussanteils für Instandhaltungs-, Instandsetzung- Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten sowie Sanierung, Umbau und Restaurierungsmaßnahmen) finanzieren kann, auf die Einholung eines politischen Bedarfs- sowie Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses verzichtet.

Der Rat beschloss einstimmig die **Aufhebung der Betriebssatzung für den Stadtbetrieb zentrale Dienste**, der zum 1.1.2018 in ein Amt umgewandelt wurde. Nachdem der Rat den geprüften Jahresabschluss 2017 festgestellt hat, kann die Satzung aufgehoben werden.

Der Rat änderte die **Satzung für die Friedhöfe und Feuerbestattungsanlagen**. In der alten Kapelle des Friedhofes Itter wird ein Kolumbarium eingerichtet, das in den nächsten Wochen belegt werden wird. Weitere Änderungen betreffen die Verlängerung der Urnenwahlgräber und der Wahlgräber am Baum.

Der **Verkauf weiterer Gesellschaftsanteile an der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH** wurde im öffentlichen Sitzungsteil diskutiert, soweit nicht Vertragsdetails betroffen waren. Für die SPD erklärte Markus Raub, dass die SPD zur öffentlichen Daseinsvorsorge steht. Durch den Verkauf der Mehrheitsanteile durch schwarz-gelb in 2007 ist aber schon keine öffentliche Daseinsvorsorge mehr gegeben, da die öffentliche Hand keinerlei Mitsprache mehr hat und die Stadt mit der Übertragung von 51 % 100 % der Einflussmöglichkeiten verkauft hat. Dies hat man bei der Schließung des Kreissaales und der Gynäkologie in Gerresheim gesehen, die Stadt wurde nicht einmal informiert.

Oberbürgermeister Thomas Geisel erinnerte, dass die Entwicklung von Joachim Erwin in Gang gesetzt wurde. Seit 2007 konnte die Stadt keinen Einfluss mehr auf das operative Geschäft nehmen und hatte keinen Anteil am kommerziellen Ergebnis. Der Vertrag räumte Sana das Recht ein, nach 10 Jahren die restlichen Anteile zu kaufen. Nach Gesprächen mit dem Betriebsrat wurde diese Frist in Absprache mit Sana bis 31.3.2019 verlängert und die Zeit zu intensiven Verhandlungen genutzt. Das Ergebnis ist, dass die Stadt mit 25,1 % Mitgesellschafterin bleibt und einige Themen jetzt rechtsverbindlich gesichert werden, die gerade dem Betriebsrat wichtig sind wie das Kinderneurologische Zentrum und die Pflegeausbildung. Durch den neuen Vertrag werden Rechte gesichert, die prekär wären, weil der Konsortialvertrag anfechtbar wäre, weil die darin vereinbarten Verpflichtungen (i.W. Neubauten Krankenhaus Gerresheim und Pflegeheim sowie Sanierungen in Benrath) durch Sana erfüllt sind. (Anmerkung in geheimer Abstimmung votierten 40 Ratsmitglieder für den Verkauf, 32 dagegen)

Personalien

Der Rat wählte einstimmig

- Jörg Kranke zum Schiedsmann für Friedrichstadt und Unterbilk,

- erneut die Schiedsleute Bartholomä Kohler (Flingern Süd und -Nord), Dietmar Schwabe-Werner (Stockum, Lohausen, Kaiserswerth), Ralf Molnar (Rath, Mörsenbroich) und Ellen Hillebrand (Wersten, Himmelgeist, Holthausen, Itter)
- Theresa Winkels (stellv. Leiterin des Wirtschaftsförderungsamtes) anstelle des bei der Stadt ausgeschiedenen Amtsleiters in den Aufsichtsrat der Düsseldorfer Innovations- und Technologiezentrum GmbH.

Bauen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen:

- **Brandschutztechnische Sanierung der Jan-Wellem-Schule** – Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung – mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 1,85 Mio Euro. Baubeginn soll im 4. Quartal 2019 sein, Fertigstellung im 2. Quartal 2021;
- **Kanalbauprojekt „Groß Venn“** (Dellestr., Großer Torfbruch/Vennstraße und Akazienstr./Ahornstr./Am Strasserfeld) mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 10,4 Mio. Euro. Durch die Baumaßnahmen sollen die Überstauhäufigkeiten in der Dellestraße reduziert und Wasserschäden vorgebeugt werden. Bauzeit für die Erneuerung der Kanäle in der Dellestr., Großer Torfbruch und Vennstraße 2021-2023, ab 2023 bis Ende 2024 Vergrößerung von Mischwasser-, Regenwasser- und Schmutzwasserkanal (Akazienstraße, Ahornstr. und Am Strasserfeld);
- Erstausrüstung des Rheinufertunnels mit einer **BOS-Digitalfunkanlage** (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 1,25 Mio. Euro. Für die Planung wurden überplanmäßig 211.000 Euro bereitgestellt. Baubeginn ist für Anfang 2020 geplant, Bauzeit 7 Monate.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen. Das Projekt soll durch die Immobilien Projekt Management GmbH (IPM) abgewickelt werden:

- **Ersatz-Neubau eines Hauses für Kinder, Jugendliche und Familien am Lichtenbroicher Weg** für die im ehemaligen Baubüro des Rheinufertunnels untergebrachte Jugendeinrichtung „Blue Rock“. Zu den voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 7,6 Mio. Euro werden Zuschüsse von Bund und Land in Höhe von 1,9 Mio. Euro erwartet. In dem zweigeschossigen Gebäude soll eine viergruppige Kindertageseinrichtung, ein Café mit Eltern und Familienbereich sowie multifunktionalen Räumen für die Kinder- und Jugendarbeit entstehen. Schon in 2009 hatte der Rat den Bedarfsbeschluss gefasst, jetzt wird das Projekt konkret in Angriff genommen. Der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss soll im 1. Quartal 2020 gefasst werden, Bauzeit ist vom 3. Quartal 2020 bis zum 4. Quartal 2021 geplant. Der zusätzliche Personalbedarf ab Fertigstellung beträgt 14,17 Stellen mit Kosten von ca. 785.000 Euro.

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung des folgenden Projektes:

- **Erweiterung und Sanierung des Friedrich-Rückert-Gymnasiums sowie des Weiterbildungskollegs - Abendgymnasium** am Standort Rückertstraße mit Gesamtkosten von 54,8 Mio. Euro. Beide Schulen werden vom 28.10.2019 längstens bis zum 31.12.2021 in einer zweigeschossigen Containeranlage auf einem Grundstück mit ca. 5.000 m² Größe an der Sankt- Franziskus-Straße 121 auf dem Gelände des Sportvereins DJK Agon 08 e.V. untergebracht. Die für die Erhöhung der Zügigkeit auf fünf Züge benötigten Unterrichts-, Fach-, Verwaltungs- sowie Nebenräume können im vorhandenen Gebäudebestand nicht vollständig untergebracht werden. Daher beinhaltet das Bauvorhaben neben dem Umbau und der Sanierung des Gebäudebestandes auch die Errichtung eines Erweiterungsanbaus für

die Naturwissenschaftlichen Bereiche und den Anbau eines weiteren Sportfeldes an die vorhandene Dreifach-Sporthalle. Zudem werden die Außenanlage und die Wegeführung umgestaltet, so dass sich der Schulstandort nun auch zur Sankt-Franziskus-Straße hin öffnet und ein Auffinden der Gebäudeeingänge erleichtert. Das Untergeschoss ist als Souterrain im südlichen Bereich natürlich belichtet. In dieser Ebene sind das Pädagogische Zentrum, die Fachräume für Kunst sowie Musik und die Mensa mit Cook & Chill-Küche für insgesamt 400 Personen, geplant. Tagsüber wird das Untergeschoss den Schülern als Aufenthaltszone zur freien Verfügung stehen. Es ist als Versammlungsstätte für 1.150 Personen geplant. Baubeginn im 3. Quartal 2019, Fertigstellung im 4. Quartal 2021. Für 2019 wurden überplanmäßige Mittel in Höhe von 10,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Planungsrecht

Der Rat beschloss einstimmig

- die 2. Verlängerung der Veränderungssperre für das Gebiet **Vogelsanger Weg** bis zum 9.4.2020. Zur Zeit wird ein Bebauungsplan erarbeitet, der ergänzende Wohnnutzungen im Plangebiet vorsieht. Außerdem soll eine Steuerung des Einzelhandels erfolgen;
- eine Veränderungssperre „**westlich Ronsdorfer Straße**“ für das Gebiet zwischen den Gleisanlagen der Deutschen Bahn im Norden wie im Süden, der Ronsdorfer Straße im Osten und der Verlängerung der Gleisanlagen der Pinienstraße im Westen. Es läuft ein Bebauungsplanverfahren mit dem Ziel, die Industriegebiete überwiegend als Gewerbegebiete (mit Ausnahme der Bereiche der Stadtwerke) festzusetzen, wobei entsprechend dem Rahmenplan Einzelhandel im Bereich des Höherweges ein Sondergebiet Mobilitätsstandort für einen Fachmarkt vorgesehen ist. Es liegt ein Bauantrag auf Nutzungsänderung im Hinblick auf nahversorgungs- und zentrenrelevanten Einzelhandel vor. Zum Schutz und zur Stärkung der Stadtteilzentren Kölner Straße und Acker-/Birkenstraße sowie des Nachbarschaftszentrum Flur-/Bruchstraße sollen im Bebauungsplangebiet Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten ausgeschlossen werden. Die Veränderungssperre gilt für zwei Jahre.

Hier noch ein Nachtrag aus der Sitzung vom 31.1.2019:

Der Rat beschloss einstimmig die **Anschaffung von 44 Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten** (42 Elektrofahrzeuge und 2 Brennstoffzellenfahrzeuge) und den Ausbau der Ladeinfrastruktur für den städtischen Fuhrpark mit Gesamtkosten von 1,8 Mio. Euro und stellte diese Mittel überplanmäßig bereit. Es wird ein Zuschuss in Höhe von 1 Mio. Euro von Bund und Land erwartet. Da die Fördermittel in 2019 abzuwickeln sind und eine europaweite Ausschreibung erfolgt, kam der Tagesordnungspunkt sehr kurzfristig auf die Tagesordnung

Bei der langen Sitzungsdauer lässt die Aufmerksamkeit schon mal etwas nach. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer